

Polaroid

Der Experte für Ernährung tritt ab

So bunt wie möglich essen. So lautet Josef Laimbachers Rezept. Fünf Portionen Früchte und Gemüse am Tag, wenig raffiniertes Zucker, hochwertige Öle. Eine einfache Botschaft. Warum Kinder und Erwachsene trotzdem immer dicker werden, musste der Chefarzt Jugendmedizin am Ostschweizer Kinderspital immer wieder in Interviews und an Vorträgen erläutern.



Gern wird der Spezialist für Essstörungen landauf landab auch um Rat gefragt, wenn es um Themen wie Mobbing, die Pubertät, überforderte Kinder oder krebserregende Stoffe im Babymilchpulver geht. Dann hat er sich in breitem Appenzellerdialekt für das Wohl der Kinder eingesetzt oder zuweilen auch in Panik geratene Eltern beruhigt.

Nun geht Laimbacher auf Ende Jahr in Pension. Seit 1987 war er am «Kispi» tätig, seit 2007 als Chefarzt Jugendmedizin, dessen Bereich er zu einem selbstständigen aufgebaut hatte. Der 64-Jährige, der auch die Adipositas-Kommission Schweiz leitet, ist als Sohn der Konditorenfamilie Laimbacher in Appenzell aufgewachsen und studierte in Zürich und Fribourg Medizin. Er sei Arzt geworden, weil er für «Menschen da sein» möchte, hat er einmal gesagt. Dabei ist Laimbacher auch für die Eltern da gewesen, die er wenn möglich in die Therapie von übergewichtigen Kindern miteinbezog.

Nach 2020 wird der Vater von drei erwachsenen Kindern und vier Grosskindern Zeit finden, um selber zu kochen, was auf den Tisch gehört. (jan)

Ausserrhoden übertrifft Budget

Finanzen Die Staatsrechnung von Appenzell Ausserrhoden schliesst um 11,1 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Bei den höheren Steuereinnahmen waren vor allem ausserordentliche Faktoren ausschlaggebend. Sowohl bei natürlichen Personen als auch bei Firmen lagen die Steuereinnahmen unter Budget. Fürs insgesamt positive Ergebnis verantwortlich waren unter anderem höhere Einnahmen aus Grundstückgewinnsteuern. Zugleich wurde weniger investiert als veranschlagt. Im Gesamtergebnis weist die Rechnung 2019 dann einen Ertragsüberschuss von 27 Millionen aus. Veranschlagt hatte die Regierung 16 Millionen Plus. (sda)

Vaduz vor Geschlechterdebatte

Bisher scheiterten alle Versuche für eine Frauenquote. Nun liegt eine Verfassungsinitiative vor.

Günther Meier

Die politische Landschaft Liechtensteins zeigt sich männlich dominiert. In der fünfköpfigen Regierung haben zwar zwei Frauen Unterschlupf gefunden, aber im Parlament sind es gerade drei Frauen, die 22 Männern gegenüberstehen.

Obwohl die Frauen bei den Gemeindevahlen 2019 aufgrund der gezielten Wahlwerbung für die weiblichen Kandidaten einen Sprung nach vorne gemacht haben und einen Anteil von 39 Prozent in den Gemeinderäten stellen, sind nicht alle mit dieser Entwicklung zufrieden. Eine Gruppierung lancierte die Verfassungsinitiative «HalbeHalbe», die «eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien» fordert. Auf die Forderung nach einer Frauenquote wird nach den Erfahrungen in der Vergangenheit verzichtet, doch lässt «HalbeHalbe» darauf schliessen, in welche Richtung die Förderung der Frauen in Zukunft gehen soll.

Landtag dürfte Entscheid ans Volk weitergeben

Das Parlament wird sich Anfang März mit der Verfassungsinitiative befassen, die mit 1863 Unterschriften aus der stimmberechtigten Bevölkerung zu Stande gekommen ist. Stehen die 25 Abgeordneten mutig für eine ausgewogene Vertretung der Frauen ein, so könnte die Verfassung schon bald in Richtung Frauenquote weisen. Allerdings ist es eher fraglich, ob im Parlament die dafür nötige qualifizierte Mehrheit zu Stande kommt. Als wahrscheinlicher gilt der Fahrplan, dass sich zwar nur wenige Parlamentarier gegen die Verfassungsänderung aussprechen werden, aber der Landtag die Initiative zur endgültigen Entscheidung an das Volk weitergibt.

Die Urheber der Verfassungsinitiative haben nach eigenen Angaben bewusst eine offene Formulierung gewählt, die bei der Umsetzung sowohl zahlenmässig als auch zeitlich einen



Liechtensteiner Landtag: Nach wie vor entscheiden hier fast nur Männer.

Bild: Gian Ehrenzeller/KEY (Vaduz, 2. Juli 2019)

gewissen Spielraum lässt. Der Begriff «ausgewogen» enthält keine eindeutige Definition, aber wenn der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung von 50,4 Prozent zum Massstab genommen wird, müssten Regierung und Landtag sowie Gemeinderäte ungefähr halbe-halbe mit Frauen und Männern besetzt werden.

Dass eine klar definierte Quotenregelung geringe Chancen auf Umsetzung hat, musste vor drei Jahren eine Gruppierung erfahren, die mit dem Namen «Hoi Quote» eine Frauenquote forderte. Die eingebrachte Petition fand im Parlament nur wenige Befürworter. Dabei hatte sie nur gefordert, die Regierung sollte endlich einen Entscheid aus dem Jahr 1997 umsetzen: Die damalige Regierung hatte entschieden, künftig für eine ausgewogene Besetzung politischer Gremien zu sorgen. Wie Hoi Quote in einem Rückblick darlegte, wurde diesem

Grundsatzbeschluss im politischen Alltag keineswegs nachgelebt. Auch ein Bericht über die Umsetzung der von Liechtenstein ratifizierten Frauenrechtskonvention der UNO gelangte zu einem ähnlichen Resultat: Bemängelt wurde zudem, dass

Volkswahl in die Regierung gefordert

Wer in die Regierung gewählt wird, bestimmen in Liechtenstein die Parteien. Gibt es eine Koalitionsregierung, stellt die Mehrheitspartei jeweils drei Regierungsmitglieder, während sich der Juniorpartner mit zwei Regierungsräten zufriedengeben muss. Es kann vorkommen, dass ein Spitzenkandidat für das Amt des Regierungschefs nach der verlorenen Wahl auf das Amt verzichtet, was dann seine Partei veranlasst, rasch einen neuen Kandidaten für die Wahl durch

eine nationale Geschlechtergleichstellungspolitik fehle und ebenso keine Strategie entwickelt worden sei, um die strukturellen Ursachen der Ungleichheiten anzugehen. Aufgrund der Vorgeschichte ist davon auszugehen, dass Liechtenstein die-

das Parlament aus dem Hut zu zaubern. Diesem undemokratischen Vorgehen, bei dem das Volk keinen Einfluss habe, müsse ein Ende bereitet werden, meint die Splitterpartei «Demokraten pro Liechtenstein». Sie fordert von der Regierung einen Bericht, der verschiedene Varianten einer Volkswahl der Regierung aufzeichnet – darunter auch ein Wahlprozedere wie in Schweizer Kantonen mit absolutem Mehr im ersten und relativem Mehr im zweiten Wahlgang. (gm)

sen März vor einer leidenschaftlichen Diskussion über Geschlechterquoten steht.

«Welche Frau will schon eine Quotenfrau sein?»

Im Parlament sitzen noch die gleichen Abgeordneten, die 2017 ohne grosse Begeisterung die Petition von Hoi Quote diskutierten. Deutlich wurde damals, dass Geschlechterquoten umstritten sind. Wenn Frauen über Quoten in politische Ämter gewählt würden, lautete ein Vorbehalt, so rücke die fachliche Qualifikation in den Hintergrund. Überdies stelle sich die Frage: «Welche Frau will schon eine Quotenfrau sein?» Mehr Frauen in der Politik wären begrüssenswert, doch seien Zwangsmassnahmen wie eine Frauenquote abzulehnen. Bisher hatten politische Parteien erhebliche Mühe, für die Wahllisten eine annähernd ausgewogene Zahl von qualifizierten Kandidatinnen zu gewinnen.

Ostschweizer Spitalplanung auf der Zielgeraden

St. Gallen, Graubünden, Glarus und beide Appenzell planen künftig ihre Gesundheitsversorgung gemeinsam.

Dem Sarganserland kann es derzeit nicht schnell genug. Diesen Eindruck gewinnt, wer das derzeitige Pressing der Region in der Spitaldebatte verfolgt. Die Ankündigung der Regierung, das Spital Walenstadt schliessen zu wollen, hat die Region wachgerüttelt. Seither erschallt an jeder Ecke in der Region der Ruf nach einer gemeinsamen Spitalplanung mit Graubünden und Glarus.

Diese Woche haben die beiden FDP-Kantonsräte Daniel Bühler (Bad Ragaz) und Jens Jäger (Vilters) mit einem Vorstoss im Kantonsparlament nachgehakt. Das, nachdem die St. Gal-

ler Regierung vor einem Monat bekannt gegeben hat, eine gemeinsame Spitalplanung mit Graubünden und Glarus anzustreben. Ziel sei, dass künftig alle drei Kantone die gleichen Kriterien für ihre Spitalisten anwenden würden, erklärte damals Gesundheitschefin Heidi Hanselmann.

Nun spannen fünf Kantone zusammen

Vier Wochen zuvor hatte Hanselmann angekündigt, St. Gallen und beide Appenzell wollten künftig medizinische Leistungen koordiniert anbieten. Im ersten Quartal dieses Jahres sol-

le ihre künftige Zusammenarbeit spruchreif werden.

Bühlers und Jägers Vorstoss ist kaum in der Pfalz angekommen, da ist es schon soweit: Nächste Woche wollen die Kantone St. Gallen, Graubünden, Glarus und beide Appenzell über ihre künftige, gemeinsame Gesundheitsversorgung orientieren. So wollen sie die Kosten im Gesundheitswesen in den Griff bekommen. Die fünf Gesundheitschefs Heidi Hanselmann (St. Gallen), Antonia Fässler (Appenzell Innerrhoden), Yves Noël Balmer (Appenzell Ausserrhoden), Rolf Widmer (Glarus) und Peter Peyer (Grau-

bünden) werden dazu eine Absichtserklärung unterzeichnen.

Projektgruppe für weitere Schritte einsetzen

Zum ersten Mal spannen damit in der Schweiz fünf Kantone zusammen. Basel-Stadt und Basel-Land kennen heute schon eine überkantonale Spitalplanung. Solche Lösungen könnten in der Schweiz «Modellcharakter» bekommen, sagt die St. Galler Gesundheitschefin Heidi Hanselmann. Wie die konkrete Zusammenarbeit im Detail aussehen wird, ist noch offen. Dabei dürfte es auch um die Frage gehen, wie die Patientenströme verlau-

fen, wer tatsächlich welches Spital besucht. Oder auch darum, welches Spital in welcher Spezialisierung den Lead für die ganze Ostschweiz übernehmen wird. Es ist geplant, eine Projektgruppe einzusetzen.

Überkantonale Spitalplanung und kantonale Spitalstrategie sind zwei paar Schuhe. Und dennoch dürfte sich die Absichtserklärung der fünf Kantone auf die aktuelle Diskussion in St. Gallen auswirken. Die Sarganserländer jedenfalls verbinden damit die klare Hoffnung: Spital Walenstadt erhalten.

Regula Weik